

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVI/24

4. Februar 1971

Verklärte Vergangenheit im Wohnungsbau

Zahlen, die für sich sprechen

Von Dr. Lauritz Lauritzen
Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen

Seite 1 bis 2a / 102 Zeilen

Auch 1971 Erleichterung im Ferienreiseverkehr

Deutschlands PKW-Fahrer begrüßen LKW-Fahrer-
verbot an den Wochenenden in der Hauptreise-
saison

Von Horst Seefeld SPD-MdB
Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses
für Verkehr

Seite 3 und 4 / 60 Zeilen

Lange Wege für Kinderreiche

Ärger, der beseitigt werden kann

Von Dr. Hans Apel MdB
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 5 / 35 Zeilen

Zeichen und Tendenzen

Durchsichtige Taktik der Unionsparteien

Seite 6 / 50 Zeilen

Wunder dauern etwas länger

Gedanken zur Wirklichkeit von 1971

Von Ernst Paul
Geschäftsführender Vorsitzender der Selbiger-
Gemeinde

Seite 7 und 8 / 91 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Hausallee 2-10
Postfach: 9153
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37 - 39
Telex: 866 845/866 847
866 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

worden ist. In den Jahren 1967 und 1968 konnten dann wieder - dank der Konjunkturprogramme - rd. 200.000 Bewilligungen pro Jahr erreicht werden. Das Jahr 1969 ist bereits gekennzeichnet durch die Stagnation der letzten Tage der Großen Koalition, die Bewilligungsergebnisse des Jahres 1970 sind beeinflusst von der Rücksichtnahme auf die konjunkturelle Entwicklung.

Noch deutlicher wird die zunehmende Abstinenz des Bundes von der Förderung des sozialen Wohnungsbaus in den Jahren 1960 - 1966 aus einer zweiten Tabelle; sie zeigt die Beteiligung des Bundes an der Förderung des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus bei der Kapitalsubvention.

Jahr	Bewilligte Bundes- und Landesmittel insgesamt	Bereitstellungen des Bundes	
		absolut	in v.H. der bewilligten Bundes- und Landesmittel (Sp. 2:1)
		Mill. DM	v.H.
	1	2	3
1960	2.586	767	29,7
1961	2.858	1.050	36,7
1962	2.940	1.170	39,8
1963	3.123	612	19,6
1964	4.294	509	14,2
1965	3.801	622	16,4
1966	3.023	223	7,4
1967	2.549	817	31,9
1968	1.824	359	23,6
1969	1.157	370	32,0

Die Beteiligung des Bundes an der Kapitalsubvention sinkt von fast 40 v.H. im Jahre 1962 auf weniger als 8 v.H. im Jahre 1966. Erst seit 1967 ist diese Beteiligung wieder auf rund ein Drittel erhöht worden. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen läßt davon ausgegangen werden, daß der Bundesanteil im Jahre 1970 auf etwa 36 v.H. steigt.

Angesichts solcher Zahlen kann niemand bestreiten, daß das Engagement des Bundes an der Förderung des Wohnungsbaus im Jahre

1966 seinen Tiefpunkt erreicht hatte. Mit dem Abbau der Wohnungs-
bewirtschaftung ging ein Abbau des sozialen Wohnungsbaus Hand in
Hand. Gleichwohl spricht die Oppositor von einer Glanzzeit des
Wohnungsbaus. Die Zahlen dagegen zeigen, daß ein Anlaß, sich
dieser Zeiten jubelnd zu erinnern, nicht besteht.

Und das ist die Gegenwart:

Die bisher vorliegenden Ergebnisse lassen erwarten, daß
auch 1970 das "Planziel" wieder erreicht worden ist, jährlich
500.000 Wohnungen fertigzustellen. Auch für ein hohes Fertig-
stellungsergebnis im Jahre 1971 ist die sichere Basis gegeben:

Die Baugenehmigungen sind von 580.000 im Jahre 1969 auf
mehr als 600.000 im Jahre 1970 gestiegen.

Der Überhang an genehmigten beziehungsweise begonnenen,
aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen betrug am 1. Januar
1971 rund 775.000 gegenüber 739.000 am 1. Januar 1970.

Mehr noch: Im Haushalt 1971 stellt der Bund erheblich mehr
Mittel zur Verfügung als im Vorjahr, und zwar:

- 1) Mittel im Rahmen des § 19a des Zweiten Wohnungsbau-
gesetzes: 180 Millionen DM; das sind 30 Millionen DM
mehr als bisher.
- 2) Mittel für ein zusätzliches Intensivprogramm: 250 Millionen
DM.
- 3) Mittel für die Modernisierung und Instandsetzung des Altm-
hausbestandes: 65 Millionen DM; das sind 55 Millionen DM
mehr als bisher.

Damit - und mit den weiteren Haushaltsverbesserungen - steigt
der Bewilligungsrahmen des Bundesministeriums für Städtebau und
Wohnungswesen von rund 500 Millionen DM im Jahre 1970 auf mehr
als eine Milliarde DM im Jahre 1971. Hinzugerechnet werden muß
das Regionalprogramm, mit dem - bei einer Laufzeit von 12 Jahren -
50.000 Wohnungen allein aus Bundesmitteln gefördert werden sollen.

Das sind Zahlen, die für sich sprechen. Zahlen, die belegen,
welchen Stellenwert eine sozialdemokratisch geführte Bundes-
regierung dem Wohnungsbau, vor allem dem sozialen Wohnungsbau,
beimißt. Dieses langfristige Wohnungsbauprogramm, mit dem jäh-
rlich 200 - 250.000 Wohnungen, Eigenheime und Heimplätze für alte
Menschen und Alleinstehende gefördert werden sollen, ist im
Haushaltsplan 1971 und in der mittelfristigen Finanzplanung
finanziell abgesichert.

(-/ex/4.2.1971/ks)

+ + +

Auch 1971 Erleichterung im Ferienreiseverkehr

Deutschlands PKW-Fahrer begrüßen Lkw-Fahrverbot an den Wochenenden
in der Hauptreisesaison

Von Konrad Seefeld, SPD-MdB

Stellv. Mitglied des Bundestagsausschusses für Verkehr

Was sich bewährt hat, sollte bleiben. Diesen Satz kann man guten Gewissens über eine Maßnahme schreiben, die im schlichten Beamtendeutsch "Verordnung zur Erleichterung des Ferienreiseverkehrs auf der Straße im Jahre 1971" lautet und die sich auf die Erfahrungen aus den beiden Vorjahren stützt.

Rechtzeitig vor dem Urlaubsverkehr dieses Sommers ist aus dem Hause des Bundesverkehrsministers der Entwurf zu einer solchen Verordnung gekommen und den Bundesländern zur Kenntnis gebracht worden. Auch diesmal sollen Lastkraftwagen mit einem zulässigen Gesamtgewicht über 7,5 t sowie Fahrzeuge mit Anhängern auf den Bundesautobahnen und einigen wenigen Bundesstraßen während des Ferienreiseverkehrs zu bestimmten Zeiten an den Wochenenden nicht verkehren dürfen. Der Zeitraum soll von 3. Juli bis 4. September abgesteckt sein und für die jeweiligen Samstage von 7.00 Uhr bis 24.00 Uhr und an den Sonntagen von 0.00 Uhr bis 22.00 Uhr gelten. Zusätzlich wird noch Freitag, der 2. Juli, von 15 bis 21 Uhr in das Verbot einbezogen. Zur Erleichterung des grenzüberschreitenden Verkehrs sollen außerdem einige Autobahnteilstrecken im Grenzgebiet vom Verbot ausgenommen sein.

Georg Leber konnte sich vor zwei Jahren, als erstmals die genannte Verordnung in Kraft trat, vor den Zuschriften begeisterter deutscher und ausländischer Urlauber kaum retten. Spontan schrieb man dem Minister, er möge diese dem Schutz und der Sicherheit der Urlauber dienende Maßnahme künftig beibehalten. Diejenigen, die sich das Jahr über auf den Urlaub freuen, mußten oft zuvor in der Ferienreisezeit stundenlang auf den Fernstraßen verbringen, in langen Schlangen stehen oder sich bei Überholvorgängen besonders durch Lkw's behindern lassen. Manche erreichten ihr Urlaubsziel nie. Unfälle während der Fahrt ließen den Urlaub ausfallen. Viele,

zu viele, beendeten ihre Fahrt in den Urlaub mit dem Tod. Mit der Reiseerleichterung durch das LKW-Fahrverbot verringerten sich diese bedauerlichen Unfälle. So schmerzlich für einige wenige auch dieses Verbot gewesen und auch künftig sein mag - es hat sich gelohnt! Menschen und materielle Werte wurden gesichert, dazu kommt auch die Freude am flüssigen Fahren, die die Verärgerung über das Nichtvorankommen verdrängt hat.

Aus den Erfahrungen des letzten Jahres darf besonders festgehalten werden: Die Zahl der schweren Unfälle ist 1970 zurückgegangen - trotz einer Steigerung des Gesamtverkehrs in dem betreffenden Zeitraum um ca. 14 v.H.

Der Entwurf sieht nun gegenüber dem Vorjahr vor allem folgende Änderungen vor:

1.) Das Verbot soll 1971 eine Woche später als im Vorjahr beginnen. Das bedeutet, daß besonders eventuelle Schwierigkeiten beim Weichobst-Transport weitgehend ausgeschaltet sein dürften.

2.) Den Wünschen mancher von der Maßnahme Betroffenen ist insofern teilweise Rechnung getragen, als jetzt nur ein Freitag-nachmittag, gegenüber dreien im Jahr 1970, einbezogen werden soll.

3.) Die Zahl der betroffenen Wochenenden soll von letztmals 9 auf 10 ausgedehnt werden, womit die Urlaubstermine in allen deutschen Bundesländern erfaßt werden.

Es wird auch 1971 nicht an Kritikern des Fahrverbots fehlen. Ihre Zahl wird allerdings auch dieses Mal in keinem Verhältnis zur Zahl dorer stehen, die tatsächlich im Ferienreiseverkehr eine Erleichterung spüren und hoffentlich ohne Behinderung in den Urlaub sowie erholt und gesund zurück in die Heimat kommen werden. Deutschlands mit den Personenkraftwagen in die Ferien fahrende Familien danken mit Bestimmtheit allen, die für die Beibehaltung der Verordnung sorgen. Es ist eine Verordnung, die den Menschen nutzt und die sich gut bewährt hat.

(-) ex/4.2.1971/ks)

Lange Wege für Kinderreiche

Ärger, der beseitigt werden kann

Von Dr. Hans Apel MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Unsere Bundesbahn ist ein modernes und leistungsfähiges Unternehmen im Personenverkehr. Dieses stellen viele verhinderte Flugreisende in diesen Tagen mit Überraschung fest. Wir Verkehrspolitiker freuen uns über dieses Lob.

Und dennoch bleiben der Deutschen Bundesbahn im Personenverkehr noch manche Aufgaben der Verbesserung des Services. Nicht alle kosten Geld, manche sind kaum mehr als Abbau überflüssiger Bürokratie und bessere Bedienung der Kunden. So die Gewährung einer Fahrpreisermäßigung für kinderreiche Familien. Sie hat nicht nur sozialpolitische Aspekte, sondern füllt auch die angebotene Sitzplatzkapazität der Deutschen Bundesbahn, ist also auch "Mengenrabatt".

Will eine Familie diesen "Rabatt" in Anspruch nehmen, so nimmt sie sich einen langen "Würdenlauf" vor. In Hamburg zum Beispiel stehen auf der Bahn vier "Würden":

- Gang zum Hauptbahnhof - also eine Reise bis zu 25 km - um an einem besonderen Schalter mit bestimmten Öffnungszeiten das Antragsformular zu erhalten;
- Gang zur zuständigen Meldebehörde, die zwar über alle Personenstandsangaben verfügt, dennoch aber auf Vorzeigen der Kinder bzw. ihrer Personalausweise besteht. Studierender die Kinder außerhalb Hamburgs, dann müssen ihre Personalausweise brieflich zugestellt werden;
- Gang zum Hauptbahnhof an den zuständigen Schalter zur festzusetzenden Zeit, um den Antrag abzugeben;
- Gang zum Hauptbahnhof, um einige Tage später den dann hoffentlich abgestempelten, d.h. genehmigten Antrag entgegenzunehmen.

Diese Genehmigung gilt dann für 12 Monate und setzt damit diese Familie im nächsten Jahr wieder in Trapp. Was soll das Ganze? Die DB will sicherlich nicht die kinderreichen Familien abhalten, das spezielle Angebot der DB zu verwenden. Dann aber sollte sie schlaunigst Senkt Bürokratie davonjagen und eine Prozedur finden, ähnlich wie bei der "Aktion rosa Zeiten", die unnötige Wege und Ärgernisse wesentlich abbaut, und die Bürger nicht enttäuscht, mit Frau und Kindern mit der DB in Urlaub zu fahren.

(-/ex. 4.2-1971/309)

Zeichen und Tendenzen

Durchsichtige Taktik der Unionsparteien

Die Unionsparteien haben den durch Wählerentscheid vom September 1969 herbeigeführten Regierungswechsel in Bonn noch nicht überwunden. Sie leiden darunter und hadern mit sich selbst. Im ersten Jahr ihrer ungewohnten Oppositionsrolle versuchten sie eine Aufhebung des damaligen Urteilspruches zu erreichen. Die Hoffnung, die sozialliberale Koalition stürzen zu können, haben sie wohl inzwischen aufgegeben. Der versuchte Kauf von Abgeordneten, am Fall des FDP-Abgeordneten Geldner demonstriert, hat sich nicht belohnt, er blieb wirkungslos. Die Unionsparteien müssen sich jetzt mit ihrer Lage abfinden. Ihr Blick ist nun auf das Jahr 1973 gerichtet, dem Jahr der Wahlen zum 7. Deutschen Bundestag. Das ist legitim. Was fragwürdig bleibt, sind die Methoden, die in der notwendigen Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner angewendet werden. CDU/CSU schließt sich, da sie sachliche Alternativen nicht anzubieten hat, auf Willy Brandt ein, dem ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland.

Den Auftakt dazu lieferte die diffamierende Bemerkung des CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß auf dem CDU-Parteitag in Düsseldorf, es müsse dafür gesorgt werden, daß ein Bundeskanzler in das Palais Schaumburg einziehe, der wieder deutsche Politik mache. Im Klartext heißt dies, die von Willy Brandt geführte Bundesregierung betreibt eine amationale, wenn nicht gar antideutsche Politik...

Auf gleicher Ebene zählten die gegen den Bundeskanzler Brandt gerichteten Ausfälle des CDU-Sprechers Wöner während der zweiten Lesung des Bundeshaushaltes 1971. Sein Beitrag gipfelte in der Behauptung, der Bundeskanzler braue sich nicht mehr, Unmenschlichkeit, Unmenslichkeit und Unfreiheit Unfreiheit, Diktatur Diktatur zu nennen, und er dürfe sich nicht wundern, wenn das Bewußtsein für das schwindet, was die Überlegenheit unseres Systems ausmacht. Das heißt wiederum im Klartext, unter der Kanzlerschaft Brandts vermissen sich die Unterschiede, vollzogene sich gewissermaßen ein revolutionärer Umsturz der bestehenden, dem Grundgesetz verpflichteten gesellschaftlichen Ordnung unseres Staates. Auch das ist eine ungehauerliche Unterstellung und sie fällt in ihrer Schärfe auf jene zurück, die ihr zustimmen. Sie soll Unsicherheit und Furcht in unserer Volk erwecken. Der Mann, mit dessen Namen die Selbstbehauptung von West-Berlin verknüpft ist und der durch seinen ganzen Lebensweg bewiesen hat, daß für ihn Freiheit, Demokratie und Humanisierung der Gesellschaft oberste Ziele seines Handelns sind, soll als ein unsicherer Kantontist, als ein Wanderer zwischen zwei Welten abgestempelt werden.

Gedenken gewisse Kreise der Unionsparteien im Verfolg ihrer wahlpolitischen Zielsetzung für das Jahr 1973 die Taktik einzuschlagen, die die deutsche Rechte gegenüber einem Friedrich Ebert verfolgte, dessen 100. Geburtstag alle Demokraten in Ehren gedachten? Sie werden, sollte das die Absicht sein, auf den entschlossenen und erbitterten Widerstand aller Demokraten stoßen. Die Unionsparteien stehen hier vor einer Wegwende. Noch gibt es Anzeichen dafür, daß sie die Bedeutung dessen erkennen, was auf dem Spiele steht, aber es gibt auch Tendenzen, die in eine bedrohliche Richtung weisen.

+ + +

(ex/ex/24.2.1971/bcy)

Wunder dauern etwas länger

Gedanken zur Wirklichkeit von 1971

Von Ernst Paul

Geschäftsführender Vorsitzender der Seliger-Gemeinde

Die Menschen müssen vergessen können. Wenn all das gegenwärtig bliebe, was unsere Generation erlebt hat, würden viele Zeitgenossen von Schicksal erdrückt worden sein. Nur eine kurze Erinnerung: Im Jahre 1938 begann für viele unserer Freunde der Verlust der Freiheit mit der politischen Verfolgung und für andere der Zwang, die Heimat zu verlassen und den steinigen Weg ins Exil zu gehen. Ein Jahr später kam der Krieg mit all seinen Leiden und seinen katastrophalen Ende. Ihm folgte die Tragödie der Vertreibung aus der Heimat. Nur mit einem eisernen Willen war ein Weiterleben und ein Wiederaufbau möglich.

Was für die vielen gilt, darf nicht für jene gelten, die sich dem politischen Leben verschrieben haben oder sich dazu berufen fühlen, politisch zu wirken. Ihnen ist das Vergessen nicht erlaubt. Vor allem aber ist ihnen nicht gestattet, nur die Wirkung zu sehen und die Ursachen unbeachtet zu lassen. Das Beispiel der Sudetendeutschen sollte allen eine Lehre sein. Die tragische Geschichte dieser deutschen Volksgruppe beginnt weder in den Jahren 1918 oder 1938, und sie endet auch nicht mit der Vertreibung von 1945/46.

Wer der Wahrheit auf den Grund kommen will, muß tiefer in den Sack der Geschichte greifen. Das ist auch notwendig, wenn versucht wird, die gegenwärtige politische Lage zu verstehen.

Die Seliger-Gemeinde war gut beraten, daß sie auf ihrer jüngsten Bundesversammlung in Brandenburg einen bedeutenden Historiker zu einem wissenschaftlichen Vortrag eingeladen hatte. Was Professor Bosl zu berichten wußte, rief in fesselnder Prägnanz und unbestechlicher Wissenschaftlichkeit Ereignisse in Erinnerung, die viele von uns selbst erlebt haben. Sie richtig zu bewerten und zu beachten ist die Aufgabe einer Gesinnungsgemeinschaft, die über die Gegenwart hinausdenkt und an der Gestaltung der Zukunft mitwirken will.

Der Gelehrte erinnerte daran, daß zu jener Zeit, als der Ausgang des von Hitler hervorgerufenen Krieges schon zu berechnen war, eine Aufteilung der Welt in Machtsphären beschlossen wurde, die noch heute nachwirkt und noch lange nachwirken wird. Auf der Konferenz von Teheran und noch deutlicher auf jener von Jalta ist der Forderung Stalins entsprochen worden, den Einflußbereich der Sowjetunion im Norden bis vor die Tore von Lübeck und im Süden Zentraleuropas bis Triest gelangen zu lassen. Was uns besonders interessiert ist der Umstand, daß auf der Krimkonferenz vom 4. bis 11. Februar 1945 die Linie von Thüringen über Karlsbad nach Budweis bis Linz gezogen worden ist. Obwohl sich der Kriegsverlauf nicht ganz dem Plan unterordnete, mußten sich die Siegermächte des Westens den Beschlüssen von Jalta unterordnen. Wir wissen, daß die amerikanischen Truppen in Böhmen bis Beraun gekommen waren,

dort aber stehenblieben, denn es war vereinbart, daß Prag von den sowjetischen Truppen zu "befreien" war. Daß diese Abmachung auch dem Konzept des Herrn Benesch entsprach, sei nur am Rande erwähnt, denn dieser tschechische Machthaber wußte, daß er nur mit Hilfe der Sowjets die Austreibung der Sudetendeutschen durchführen konnte. Eine objektive Geschichtsschreibung der Tschechen wird feststellen müssen, daß die Durchführung der Pläne der Alliierten und des Herrn Benesch dem tschechischen Volke teuer zu stehen gekommen ist.

Es kann in dieser Betrachtung auch nicht verschwiegen werden, daß vom deutschen Naziregime, das 1944 den Widerstand vom 20. Juli brutal niederschlagen konnte, kein rechtzeitiger Versuch gemacht worden ist, ein für Deutschland politisch erträgliches Kriegsende herbeizuführen. Allerdings waren auch die Alliierten nicht klug, denn die Forderung nach einer bedingungslosen Kapitulation hat es nicht erleichtert, sich von deutscher Seite für eine Beendigung des Krieges einzusetzen. Schließlich kam es aber doch zur bedingungslosen Unterwerfung. Als General Jodl am 7. Mai 1945 in Eisenhowers Hauptquartier nach Reims fuhr, um den Vertrag über die Kapitulation zu unterzeichnen, akzeptierte er auch das Wort "bedingungslos". Die gleiche Erklärung wurde am Tage darauf in Berlin-Karlshorst von Herrn von Keitel bestätigt. Damit fing der Jammer des gespaltenen Deutschland und des in Machtsphären eingeteilten Europa an.

Es ist nicht erfreulich, sich mit einer trüben Vergangenheit zu beschäftigen. Wer den Mut dazu hat, den harten Tatsachen ins Auge zu sehen, muß dies tun und darüber aussagen, was er gesehen hat, was geschehen und unterlassen worden ist. Es ist auch notwendig, den Mut zu haben, Erkenntnisse auszusprechen. Leichter und bequemer ist es, sich auf den Standpunkt "unveräußerlicher Grundsätze" zurückzuziehen. Jede Operation ist schmerzlich, aber es ist nicht immer nützlich, darauf zu verzichten oder die Tatsache erkrankter Organe zu übersehen. Wer die Wirklichkeit erkennt, gibt damit keineswegs Grundsätze auf, weil er diese nicht realisieren kann - er zieht nur aus den Tatsachen die Konsequenzen.

Die Überschrift zu dieser Betrachtung habe ich mir ausgearbeitet. Als ich noch mit dem Wagen nach Bonn fuhr, habe ich oft den Kundendienst in der nahen Mercedes-Filiale besorgen lassen. In dieser Werkstatt, die ungeschuldige Kunden zu bedienen hatte, waren auf einem Plakat die Worte zu lesen "Das Unmögliche machen wir sofort - Wunder dauern etwas länger".

An diesen von klugen Mechanikern geprägten ironischen Satz werde ich erinnert, wenn ich erlebe, wie von gewisser Seite verlangt wird, daß die gegenwärtige Bundesregierung Wunder wirken sollte. Manche meinen, sie könne aus der Welt schaffen, was Hitler angerichtet hat. Ihnen sei gesagt: Wunder dauern etwas länger...